

Pressemitteilung**Universität Duisburg-Essen****Katrin Braun**

09.07.2009

<http://idw-online.de/de/news325132>Forschungsergebnisse
Gesellschaft, Politik, Wirtschaft
überregional**UDE: IAQ zum Niedriglohnsektor - Immer mehr arbeiten für weniger Geld**

Die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor ist 2007 weiter um 350.000 gestiegen - gleichzeitig ist ein Trend zu sinkenden Durchschnittslöhnen und einer weiteren Lohnspreizung nach unten erkennbar. Das zeigen aktuelle Berechnungen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen.

Inzwischen arbeiten 6,5 Millionen Menschen - mehr als jeder fünfte Beschäftigte - für Stundenlöhne unterhalb der Niedriglohnschwelle von 9,62 Euro in Westdeutschland und 7,18 Euro in Ostdeutschland, wie die Berechnungen der IAQ-Arbeitsmarktexperten Thorsten Kalina und Dr. Claudia Weinkopf zeigen. Trotz der deutlichen Zunahme der Betroffenen ist gegenüber 2006 der Niedriglohnanteil allerdings nur geringfügig gestiegen, weil auch die Beschäftigung insgesamt zugenommen hat. Seit 1995 hat sich die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten um rund 2,1 Millionen erhöht, was einem prozentualen Zuwachs von knapp 49 Prozent entspricht.

Die IAQ-Berechnungen zeigen außerdem, dass die Durchschnittslöhne von Niedriglohnbeschäftigten in den vergangenen zwölf Jahren inflationsbereinigt nicht gestiegen und in Westdeutschland sogar nominal gesunken sind. Jeder dritte Niedriglohnbeschäftigte arbeitet für weniger als 6 Euro brutto, 1,2 Millionen Betroffene verdienen 2007 sogar weniger als 5 Euro. Auch Vollzeitbeschäftigung schützt nicht vor so niedrigen Stundenlöhnen: Immerhin knapp ein Viertel der Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter 5 Euro verdienen trotz voller Arbeitszeit im Monat nicht mehr als rund 800 Euro brutto.

Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung hat sich deutlich erhöht von 58,5 Prozent im Jahr 1995 auf 70,8 Prozent in 2007. Nimmt man die Arbeitnehmer mit einem akademischen Abschluss hinzu, sind mittlerweile vier von fünf Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland formal qualifiziert. Ohne Abschluss sind nur noch knapp 21 Prozent aller Niedriglohnbeschäftigten.

"In Deutschland ist das Lohnspektrum in einem Ausmaß nach unten ausgefranst, das in anderen Ländern aufgrund von Mindestlöhnen nicht möglich wäre", kritisiert Dr. Claudia Weinkopf, Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin des IAQ.

In Großbritannien wurde der gesetzliche Mindestlohn 1999 eingeführt. Damals hieß es, dass es sich der Staat nicht leisten kann (und will), für niedrige Löhne die Ausfallbürgschaft zu übernehmen, weil das Einkommen nicht zur Existenzsicherung ausreicht. "In Deutschland wird dies hingegen von Teilen der Politik nach wie vor als staatliche Aufgabe angesehen, obwohl sich selbst auf Arbeitgeberseite immer mehr Stimmen für branchenbezogene Mindeststandards oder sogar - wie etwa das Gebäudereinigerhandwerk - für gesetzliche Mindestlöhne stark machen." Dabei werde außer Acht gelassen, dass ein Wettbewerb, der vorrangig über die Löhne ausgetragen wird, auf Kosten der Qualität und der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gehe.

Der IAQ-Report ist abrufbar unter: www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2009/report2009-05.shtml

Weitere Informationen: Thorsten Kalina, Tel. 0203/379-1352, thorsten.kalina@uni-due.de, Dr. Claudia Weinkopf, Tel. 0203/379-1353, claudia.weinkopf@uni-due.de

Redaktion: Claudia Braczko, Tel. 0170/8761608, presse-iaq@uni-due.de

